



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 44'411
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 350.005
Abo-Nr.: 1090231
Seite: 9
Fläche: 17'623 mm²

Von Frauen überrannt

Nach einem Jahr Frauenquote zieht Basel-Stadt eine positive Bilanz. Die Vorgaben wurden bereits annähernd erreicht.

Anja Burri

Vor gut einem Jahr verankerte Basel-Stadt als erster Kanton eine verbindliche Geschlechterquote im Gesetz: In den Verwaltungsräten der staatsnahen Betriebe wie Spitäler, Kantonbank oder Verkehrsunternehmen müssen bis 2017 je mindestens ein Drittel Frauen und Männer sitzen. Das funktioniere nie und werde am Ende den Frauen schaden, hatten die Gegner vor der Referendumsabstimmung prophezeit. Schliesslich bestätigte das Stimmvolk die Quote.

Nun zeigt sich: Basel-Stadt ist auf dem besten Weg, die Vorgaben zu erfüllen. Von den insgesamt 115 Verwaltungsratsmandaten des Kantons Basel-Stadt sind zurzeit 33 mit Frauen besetzt - das entspricht einem Frauenanteil von 28,7 Prozent. Dies ergab ein Monitoring, das das Basler Präsidiatdepartement gestern veröffentlichte. In denjenigen Gremien, die Basel-Stadt allein besetzen kann, beträgt der Frauenanteil sogar 31,9 Prozent. Ende 2013 lag der Frauenanteil in Verwaltungsräten öffentlicher Unternehmen gemäss Behördenangaben bei rund 20 Prozent. Um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen, fehlen nun noch 15 weitere weibliche Verwaltungsräte. Vor allem in techniklastigen Branchen, in denen besonders viele Männer arbeiten, mangelt es auch an Verwaltungsrätinnen. Zum Beispiel bei den Schweizerischen Rheinhäfen oder der Kraftwerk Birsfelden AG.

Die Leiterin der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern ist dennoch sehr zufrieden mit dem Zwischenstand: «Die Diskussion über die Geschlechterquote hat vieles in Bewegung gebracht», sagt Leila Straumann. Der «Aufwärtstrend» habe bereits im Sommer 2013 begonnen, nachdem der baselstädtische Grosse Rat das Gesetz verabschiedet hatte. Wie gross das Interesse der Frauen an Verwaltungsratsposten ist, zeigte eine Informationsveranstaltung der Basler Behörden im Januar. «Wir wurden von Interessentinnen überrannt», sagt Straumann. Schliesslich seien 100 Frauen, von der Geschäftsführerin bis zur Professorin, gekommen. Vielen weiteren Frauen habe man sogar absagen müssen.

Eine Frage des Bewusstseins

Weitere Massnahmen, um die Verwaltungsräte mit zusätzlichen Frauen zu besetzen, sind aus Straumanns Sicht zurzeit nicht nötig. «Es ist am Ende auch eine Frage des Bewusstseins», sagt sie. Wenn ein Sitz frei werde, müssten Regierungsrat und Parlament fähige Frauen finden und nicht bloss in männerlastigen Netzwerken nach Nachfolgern suchen. Die dafür nötige Debatte sei angestossen. Die Frauen ihrerseits müssten sich noch sichtbarer machen, sich vernetzen und ihr Know-how nach aussen tragen.

Eine zusätzliche Fördermassnahme ist übrigens im Grosse Rat bereits hängig: Die Grüne Mirjam Ballmer will die Regierung dazu verpflichten, künftig alle Verwaltungsratsmandate, die sie neu besetzt, öffentlich auszuschreiben. Dadurch würden die Posten nicht nur jenen vorbehalten bleiben, die bereits gut vernetzt seien.